

# Antrag Nr. 19-O-04-0021

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---

### Betreff:

Eine Straße im Ortsbezirk Nordost - Pfitzner Straße

### Antragstext:

#### Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Ortsbeirat beschließt zur Klärung des Sachverhalts folgende Punkte:

1. Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Stadtarchivs wird zeitnah (noch in 2019) zu einer Sitzung des OBR eingeladen, um über die Namensgebung und Hintergründe des Namensgebers der Pfitzner Straße zu berichten.
2. Es wird eine Informationsveranstaltung für die Betroffenen angeboten.
3. Es wird geprüft, wie eine Umbenennung für die Anwohner\*innen kostenneutral gestaltet werden kann analog anderer Kommunen, wie z.B. in Darmstadt.

### Begründung:

Der Ortsbeirat hatte sich mit dieser Thematik bereits im November 2017 beschäftigt und dazu einen Beschluss (Nr. 0110, v. 1.11.2017) gefasst. Der Magistrat antwortet am 8.7.2019 in allen Punkten abschlägig: eine Kommission wurde nicht eingesetzt, Regularien wurden nicht erarbeitet und Ressourcen für einen Überblick stehen nicht zur Verfügung. Aber er gibt auch den Hinweis, dass die Möglichkeit besteht, eine Einordnung und Bewertung von Namensgeber\*innen mit Unterstützung des Stadtarchivs vorzunehmen.

Die Fraktion „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ des OBR Nordost sieht aufgrund dieses Sachverhalts erneut dringenden Handlungsbedarf für den Ortsbeirat, der zu eigenverantwortlichem Handeln in dieser Angelegenheit aufgrund seiner Zuständigkeit nun aufgerufen, aber auch verpflichtet ist. Wir kommen daher zurück auf unseren Antrag vom 16.10.2017, der ein ergebnisoffenes, dreistufiges Verfahren vorschlug. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf bereits erfolgte Beschlüsse und bereits erfolgte Umbenennungen in anderen Städten beispielsweise in Münster, Lübeck, Hamm, Hannover usw. Viele Kommunen, auch in Hessen, haben derzeit ihre Straßenverzeichnisse auf nationalsozialistische Bezüge überprüft oder sind dabei (z.B. Darmstadt). Während in anderen Städten sich Kommissionen und Beiräte ernsthaft mit der Thematik auseinandersetzen, scheint in der LHW diesem Thema bisher wenig Gewicht beigemessen zu werden. Dies ist umso befremdlicher angesichts der Zunahme rechtsextremistischer Umtriebe.

Wiesbaden, 08.08.2019